

29. August 2018 20 Minuten

# «Mitarbeiter sollten zwei Tage zu Hause arbeiten»

*von B. Zanni - Politiker tüfteln an Rezepten, um die Pendlerströme zu reduzieren. Eine Übersicht.*

Die Schweizer pendeln immer länger und immer weiter. Verkehrsmittel Nummer eins ist das Auto. «Das kann nicht so weitergehen», sagte [Thomas Sauter-Servaes, Leiter des Studiengangs Verkehrssysteme an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften](#). Unser Mobilitätsverhalten bringe einen immer höheren CO<sub>2</sub>-Ausstoss mit sich, der den Klimawandel weiter antreibe. Zudem wirke sich langes Pendeln negativ auf die Gesundheit aus. Die Pendlerströme beschäftigen auch Schweizer Politiker. Das sind ihre Rezepte gegen den Pendler-Wahnsinn:

**Thierry Burkart, Nationalrat FDP und Vizepräsident des Touring-Clubs Schweiz:** «Um die Pendlerströme zu reduzieren, ist die Förderung von Homeoffice die beste Lösung. Für Mitarbeiter im Dienstleistungssektor bieten sich durch die Digitalisierung dafür optimale Voraussetzungen.

Mitarbeiter sollten nicht zu 100 Prozent von zu Hause aus arbeiten. Es wären bereits viel weniger Autolenker und ÖV-Pendler unterwegs, wenn sie zwei oder drei Tage pro Woche von zu Hause aus arbeiten würden. Zugunsten von Homeoffice braucht es aber eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Leider leisten die Gewerkschaften dagegen starken Widerstand.»

## «Co<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffe»

**Michael Töngi, Nationalrat Grüne und Präsident der Sektion Luzern des Verkehrs-Clubs der Schweiz:** «Am häufigsten nutzen die Pendler das Auto. Als effizienteste Lösung dagegen sehe ich daher eine Co<sub>2</sub>-Abgabe auf Treibstoffe. Damit der ÖV häufiger genutzt wird, braucht es auch Anreize. So könnten Unternehmen etwa durch einen Beitrag an das Abo ÖV-Nutzer belohnen und Programme schaffen, um das Velofahren attraktiver zu machen.

Regionale Standorte für Firmen müssen attraktiver werden. Dafür nötig ist, dass sich die Steuerpolitik der Kantone ändert. Es macht keinen Sinn, wenn sich Kantone durch die Steuerkonkurrenz gegenseitig Unternehmen abwerben. Ein wichtiger Punkt ist die Förderung von Homeoffice. In meinem Freundeskreis erlebe ich immer noch viele Mitarbeiter, die beim Arbeitgeber dafür kämpfen müssen, um einen Tag von zu Hause aus zu arbeiten.»

**Thomas Hardegger, Nationalrat SP und Präsident von Fussverkehr Schweiz:** «Zurzeit herrscht in der Schweiz beim Wohnraum ein Ungleichgewicht,

das Berufstätige dazu verleitet, lange Arbeitswege in Kauf zu nehmen. Der Staat muss in erster Linie raumplanerisch aktiv werden, insbesondere bei der Koordination zwischen den Kantonen. Damit die Leute auch in der Nähe ihres Arbeitsortes wohnen, braucht es qualitativ gute Wohnsiedlungen. Auch bei den Wohnkosten, dem Pendleraufwand und den Steuern ist eine Annäherung nötig, sodass man nicht nur im Thurgau im Grünen zahlbaren Wohnraum findet, sondern auch in und um die Stadt Zürich.

Einen weiteren Ansatz sehe ich beim Verkehrsmittel. Sichere und attraktive Velowege ermuntern den einen oder anderen Autofahrer mit einem kürzeren Arbeitsweg, zumindest in den wärmeren Jahreszeiten auf das Velo oder E-Bike umzusteigen. Voraussetzung dafür ist natürlich, dass das Volk die Velo-Initiative am 23. September annimmt.»

### **Carpooling und Carsharing fördern**

**Thomas Hurter, Nationalrat SVP und Präsident des Automobil-Clubs der Schweiz:** «Grundsätzlich ist das Problem entstanden, weil die Bevölkerung in der Schweiz um jährlich 100'000 Personen wächst und eine Zentralisierung der Arbeitsplätze stattfindet. Die Politik darf den Leuten nicht vorschreiben, mit welchem Verkehrsmittel sie zur Arbeit pendeln. Wichtig ist der Mix aus Auto und ÖV. Um die Pendlerströme zu reduzieren, sind neue Mobilitätsvarianten gefragt. Carpooling und Carsharing würden den Autoverkehr auf den Strassen entlasten.

Sinnvoll wäre, Arbeitsplätze vermehrt in der Nähe von Wohnorten und Siedlungen zu schaffen. Auch Coworking Spaces sollten an Orten ausserhalb von Städten gefördert werden. Durch die Massnahmen dürfen Arbeitsplätze aber auf keinen Fall teurer werden. Dies hätte zur Folge, dass Dienstleistungen und Produkte aus dem Ausland vorgezogen würden. Wer Qualität, Gesetze und gute Löhne fordert, muss auch bereit sein, dafür höhere Preise zu bezahlen.»